

## **Aufnahme und Versorgung ukrainischer Flüchtlinge endlich vernünftig organisieren**

Unsere volle Solidarität gilt der Ukraine, die unter dem verbrecherischen Angriffskrieg Putins leidet. Millionen Ukrainer, insbesondere Frauen und Kinder, fliehen vor Krieg, Terror und Vertreibung. Dabei kommen immer mehr Flüchtlinge auch hier bei uns in Hamburg an. Die Solidarität und Unterstützung in der Stadtgesellschaft ist überwältigend. Umso schwerwiegender ist, dass die städtischen Maßnahmen und Angebote zur Flüchtlingsaufnahme nicht ausreichend waren und viel zu spät reagiert wurde. Die Registrierung erfolgte viel zu langsam und unsystematisch. Hunderte Menschen mussten stundenlang unversorgt in der Kälte stehen. Das ist für eine Stadt wie Hamburg inakzeptabel. Menschen, die traumatisiert und nach tagelanger Strapaze endlich in Hamburg ankommen, dürfen hier nicht weiteren Leiden ausgesetzt werden.

Wir brauchen niedrigschwellige Möglichkeiten zur digitalen Registrierung von Flüchtlingen ebenso wie von privaten Angeboten zur Unterbringung und Unterstützung, mehr Personal im Amt für Migration, mehr Unterstützungsanforderungen durch die Hilfsorganisationen, bessere Einbindung und Anleitung von Ehrenamtlichen und eine bessere Erfassung von Kompetenzen und Qualifikationen der Flüchtlinge, um die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Es wird darum gehen, über eine längere Zeit in Hamburg viele Tausende Geflüchtete, vom Krieg Gezeichnete Menschen aufzunehmen. Dafür ist Zusammenhalt und Pragmatismus gefragt.

Folgende Punkte sind jetzt zügig erforderlich:

### **Ordnungspolitisch**

1. Mehr Personal durch interne Umschichtung wie zu Hochphasen der Kontaktnachverfolgung in der Coronapandemie zum Amt Migration, um mehr Registrierungen, auch von privaten Unterkünften, zu ermöglichen und die Wartezeiten für die Ankommenden zu reduzieren
2. Anrufen der Bundespolizei für den Schutz von Geflüchteten vor Verschleppung und Missbrauch im Hauptbahnhof. Im Hauptbahnhof hat die Hamburger Polizei nicht die Hoheitsmacht
3. Hamburgweite Aufklärungskampagne für Frauen und Mädchen, an wen sie sich wenden können im Bedarfs- und Hilfefall, auf Ukrainisch, Englisch und Deutsch im öffentlichen Raum
4. Die Reserveflächenplanung des Senats an die Aktualität anpassen und realistisch planen, Standorte nutzbar machen und Container in die Vorhaltung und Nutzung bringen. Dabei ist sicherzustellen, dass keine aufwändigen Baugenehmigungsverfahren bei Standorten nach SOG durchgeführt werden
5. Zu ermöglichen, dass online die Beantragung von Asylbewerberleistungen ermöglicht wird wie z.B. in Augsburg
6. Ausweitung der Anforderung der Hilfsorganisationen zur Unterstützung in der Einbindung der vielen Ehrenamtlichen und der Unterkunftsleitungen

7. Einrichtung eines politischen Flüchtlingsgipfels und Krisenstabs mit den Fraktionsvorsitzenden in der Hamburgischen Bürgerschaft, allen Bezirksamtsleitungen und den Bezirksfraktionsvorsitzenden aller Parteien mit wöchentlicher Tagungsfrequenz und nach Bedarf, um einen geregelten und reibungsarmen Informations- und Entscheidungsfluss zu gewährleisten

### **Versorgung der Geflüchteten**

8. Einbindung der ukrainischen Community: Erfassung der Berufsfelder der Ankommenden, Einbeziehung von insbesondere Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrerinnen und Lehrer in die Bildung der ukrainischen Kinder und Jugendlichen, Kontaktaufnahme mit den beiden christlichen Kirchen und Jugendzentren der Stadt, um Bildungs- und Freizeitangebote für ukrainische Kinder und Jugendlichen dort einrichten zu können
9. Sicherstellung einer schnellstmöglichen Beschulung der ukrainischen Kinder, Aktivierung der Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK) und Einrichtung digitaler Bildungsangebote in Abstimmung mit dem ukrainischen Bildungsministerium
10. Finanzielle Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), um den Kindern und Jugendlichen, die besonders von der Kriegs- und Fluchtsituation traumatisiert sind, Raum und Zuwendung geben zu können
11. Sicherstellung ärztlicher Begleitung durch ausreichende Finanzierung und zusätzliche Zuhilfenahme von Ärztinnen und Ärzten aus den Hilfsorganisationen und aus den Reihen der Ehrenamtlichen, um die in Teilen dramatischen Gesundheitszustände zu versorgen und insbesondere Impfaufklärung sämtlicher gängiger Impfungen zu betreiben, auch über Corona- und Masernimpfungen aufzuklären und diese durchzuführen
12. Versicherungsabsicherung von Ärztinnen und Ärzten, die sich in der Versorgung der Geflüchteten engagieren
13. Gewährleistung der Unterbringung und Betreuung Kriegsverletzter, chronisch Kranker und von Menschen mit Behinderungen
14. Gleiches gilt für die tierärztliche Betreuung. Für viele der Geflüchteten, insbesondere die Kinder, ist das Haustier das einzig Geliebte aus der Heimat. Hier ist ein pragmatischer Umgang gefragt und eine niedrigschwellige Versorgung, z.B. muss eine zeitnahe Tollwutimpfung erfolgen. Dafür muss zum einen eine Ausweitung der amtstierärztlichen Kapazität und Finanzierung erfolgen, zugleich auch unter Zuhilfenahme ehrenamtlicher Tierärztinnen und Tierärzte in Hamburg.